

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

30. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. September 1977	Nummer 82
--------------	--	-----------

Inhalt

I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
20320	16. 8. 1977	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Berechnung und Zahlbarmachung der Dienst- und Versorgungsbezüge, der Vergütungen und Löhne durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung	1190

I.

20320

**Berechnung und Zahlbarmachung
der Dienst- und Versorgungsbezüge
der Vergütungen und Löhne durch das
Landesamt für Besoldung und Versorgung**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - I D 3-0203-9 -
u. d. Innenministers - II C 4/15 - 20.96 -
v. 16. 8. 1977

- 1 Die Berechnung und Zahlbarmachung der Dienst- und Versorgungsbezüge, der Vergütungen und Löhne sind inzwischen auf das Kennzahlverfahren umgestellt worden. Hierdurch werden geringfügige Änderungen der Nrn. 1 bis 3 unseres Gem. RdErl. v. 30. 8. 1974 (SMBI. NW. 20320) erforderlich.
- 2 Die Vordrucke LBV (Bes) 1, (Bes) 3, (Bes) 10, (Bes) 12, (Bes) 13, (Bes) 16, (Bes) 18, (Bes) 22, (A) 1, (A) 4, STD 401, STD 403, STD 404, STD 411, STD 413, STD 414, STD 421 und STD 423 sowie die Anlage zu STD 401/411 werden geändert und die Vordrucke LBV (Bes) 29, (Bes) 30, STD 407, STD 431 und STD 432 neu geschaffen. Die geänderten Vordrucke sind zu verwenden, sobald die vorhandenen Bestände mit der bisherigen Fassung aufgebraucht sind.
- 2.1 Die Vordrucke LBV (Bes) 1 und (A) 1 sowie die Anlage zu STD 401/411 werden im Hinblick auf die Konkurrenzvorschriften im Ortszuschlag und wegen der Ausdehnung der Rechtsstandswahrung nach dem Haushaltsstrukturgesetz auf Geschiedene über 40 Jahre neu gefaßt.
- 2.2 Die Vordrucke LBV (Bes) 3, (Bes) 10 und (Bes) 16 werden wegen der Änderung gesetzlicher Vorschriften neu gefaßt.
- 2.3 Der Vordruck LBV (Bes) 12 wird nach den Erfahrungen der Praxis redaktionell ergänzt.
- 2.4 Der Vordruck LBV (Bes) 13 wird wegen Herausgabe neuer Vorschriftlinien geändert.
- 2.5 Der Vordruck LBV (Bes) 18 wird geändert, weil die Zahlung der Bekleidungszuschüsse an Beamte des Eichdienstes von den personalaktenführenden Dienststellen nicht mehr - wie bisher - mit der Änderungsmitteilung LBV (Bes) 4, sondern nur noch mit dem Vordruck LBV (Bes) 18 bewirkt werden kann.
- 2.6 Der Vordruck LBV (Bes) 22 erhält eine neue Fassung, da die für nebenamtliche Tätigkeit an Fachhochschulen gezahlte Vergütung auf dem bisherigen Vordruck nicht - wie jetzt erforderlich - auf die einzelnen Fachhochschulen aufgeteilt werden kann.
- 2.7 Die Rückseite des Vordrucks LBV (A) 4 ist durch je ein Beispiel für die Meldung eines Aufschlages zur Urlaubsvergütung nach § 47 Abs. 2 BAT und zu den Krankenbezügen nach § 37 Abs. 3 BAT ergänzt worden.
- 2.8 Die Vordrucke STD 401, STD 403, STD 404, STD 411, STD 413, STD 414, STD 421 und STD 423 waren aus verarbeitungstechnischen Gründen und wegen einer Programmumstellung geringfügig zu ändern.
- 2.9 Im Nachgang zu Mitteilungen mit den Vordrucken LBV (Bes) 1 und (Bes) 2 kann die Berechnung und Festsetzung des Besoldungsdienstalters (BDA) oder die Berechnung des fiktiven Geburtstages (FGB) erforderlich werden. Für die Übersendung der Berechnung und Festsetzung des BDA oder der Berechnung des FGB wird der Vordruck LBV (Bes) 29 neu eingeführt.
- 2.10 Der Vordruck LBV (Bes) 30 ist neu geschaffen worden für die Zahlung
- 2.10.1 der Vergütung für von Lehramtsanwärtern und Studienreferendaren erteilten zusätzlichen Unterricht,
- 2.10.2 von Mehrarbeitsvergütung im Hauptamt mit besonderen Stundensätzen (z. B. Schulsonderturnen).
- 2.11 Die für den Bereich der Schulverwaltung entwickelten STD-Vordrucke, die als Anlagen 48 bis 60 zu unserem Gem. RdErl. v. 30. 8. 1974 gehören, werden um weitere STD-Vordrucke ergänzt. Es handelt sich dabei um Vordrucke für die Mitteilungen an das LBV über
- 2.11.1 die laufbahnrechtlich eintretende Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf (STD 407),
- 2.11.2 die nachfolgende Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe ohne Mitteilung des Besoldungsdienstalters (STD 431) und
- 2.11.3 die Festsetzung des Besoldungsdienstalters (STD 432) in den zunächst mit Vordruck STD 431 mitgeteilten Einstellungen.
- 3 Durch Änderungen der Rechtsgrundlagen und neue Weisungen der zuständigen Fachminister ist eine entsprechende Anpassung
- 3.1 des Katalogs der Zulagen und Zuwendungen an Beamte sowie
- 3.2 des Katalogs der Zulagen, Entschädigungen und sonstigen Zuwendungen an Angestellte notwendig geworden.
- 4 Aus den in Nr. 1 bis Nr. 3 aufgeführten Gründen wird der Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 30. 8. 1974 (SMBI. NW. 20320) im Einvernehmen mit dem Landesrechnungshof, dem Ministerpräsidenten und allen Landesministern wie folgt geändert und ergänzt:
- 4.1 In Nr. 1 erhält Satz 5 die Fassung:
Die Umstellung auf das Kennzahlverfahren ist inzwischen abgeschlossen worden.
- 4.2 Nr. 2 erhält folgende Fassung:
2. Das Kennzahlverfahren beruht auf einer Dezentralisation des dienstlichen Änderungsdienstes auf die personalaktenführenden Behörden. Dem LBV kommt in diesem Verfahren im Prinzip nur die Funktion einer Kopf- und Umsetzstelle zu. Für die ordnungsgemäße Berechnung und Zahlung der Dienst- und Versorgungsbezüge sowie der Vergütungen und Löhne ist daher eine schnelle und genaue Abwicklung des Änderungsdienstes zum LBV äußerst wichtig. Die personalaktenführenden Behörden werden deshalb gebeten, stets für eine ausreichende Besetzung der Arbeitsplätze Sorge zu tragen, auf denen der dienstliche Änderungsdienst zum LBV abgewickelt wird. Bei einem Wechsel auf diesen Arbeitsplätzen ist das LBV sofort zu verständigen, damit es die neu eingesetzten Dienstkräfte zu einem Informationsbesuch mit Einführung in das Kennzahlverfahren einladen kann.
Die entstehenden Reisekosten sind von der entscheidenden Behörde zu tragen.
- 4.3 Nr. 3 erhält folgende Fassung:
3. Für den Änderungsdienst sind nur noch die für das Kennzahlverfahren entwickelten Vordrucke (Anlagen 1 bis 41, 64 und 65) zu verwenden.
- 4.4 In Nr. 5 werden
- 4.4.1 in Satz 1 und dem dazugehörigen Randhinweis die Zahl „60“ durch die Zahl „63“ ersetzt,
- 4.4.2 Satz 4 und 5 gestrichen.
- 4.5 In Nr. 6 Satz 1 werden die Worte „und (Bes) 28“ durch die Worte „ , (Bes) 28 und (Bes) 29“ und die Worte „und STD 423“ durch die Worte „ , STD 423 und STD 432“ ersetzt.
- 4.6 Die Vordrucke LBV (Bes) 1, (Bes) 3, (Bes) 10, (Bes) 12, (Bes) 13/1, (Bes) 13/2, (Bes) 13/3, (Bes) 16, (Bes) 18, (Bes) 22, (A) 1, (A) 4, STD 401, STD 403, STD 404, STD 411, STD 413, STD 414, STD 421 und STD 423 sowie die Anlage zu STD 401/411 werden durch die als Anlagen 1, 3, 10, 12, 13/1, 13/2, 13/3, 16, 18, 22, 29, 32, 48, 50, 51, 54 und 56 bis 60 beiliegenden Neufassungen ersetzt.
- 4.7 Hinter dem Vordruck „Anlage zu STD 401/411“ (Anlage 60) werden die neu entwickelten, als Anlagen

Anlagen
1 bis 41
64 und 65

61 bis 65 beiliegenden Vordrucke STD 407 (Anlage 61), STD 431 (Anlage 62), STD 432 (Anlage 63), LBV (Bes) 29 (Anlage 64) und LBV (Bes) 30 (Anlage 65) angefügt.

- 4.8 Die Kataloge werden wie folgt geändert:
- 4.81 Im Katalog der Zulagen und Zuwendungen an Beamte (Anlage 45) werden
- 4.81.1 als Stand in der Klammer die Jahreszahl „1976“ durch „1977“ ersetzt,
- 4.81.2 die nachstehend genannten lfd. Nrn. geändert bzw. eingefügt:
- 500 entfällt (Eingabe nur noch über Änderungsmitteilung LBV (Bes) 18)
 - 510 Zulage gem. § 24 Abs. 1 Nr. 12 EZulV 1976 (Zulage für Gewerbeärzte)
 - 511 aufgrund der EZulV 1976 entfallen
 - 512 aufgrund der EZulV 1976 entfallen
 - 513 Zulage gem. § 23 Abs. 1 EZulV 1976 (Zulage für Krankenpflagedienst)
 - 514 Zulage gem. § 23 Abs. 2 EZulV 1976 (Zulage für Krankenpflagedienst)
 - 515 Zulage gem. § 23 Abs. 3 EZulV 1976 (Zulage für Krankenpflagedienst)
 - 516 Zulage gem. § 18 EZulV 1976 (Zulage für den Umgang mit Leichen)
 - 517 Zulage gem. § 7 EZulV 1976 (Zulage für Tauchertätigkeit)
 - 700 aufgrund des Erl. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 19. 3. 1976 (n. v.) - IV B 1 - 3608 (GH) - entfallen.
- 4.82 Im Katalog der Zulagen, Entschädigungen und sonstigen Zuwendungen an Angestellte (Anlage 46) werden
- 4.82.1 die Datumsangabe „(Stand: 1. 7. 1975)“ durch „(Stand: 1. 7. 1977)“ ersetzt und
- 4.82.2 in Gruppe IV nach dem Zulagen-Schlüssel „055“ folgender Zulagen-Schlüssel „056“ eingefügt:
- 056 Zeitzuschlag (Stundenvergütung) für Arbeit an Sonntagen, die an einem Wochenfeiertag durch Arbeitsbefreiung ausgeglichen wird (§ 15 Abs. 6 BAT)
- 5 Nach Nr. 11.1 der VV zu § 70 LHO, RdErl. v. 5. 11. 1976 (SMBL. NW. 631), ist u. a. die rechnerische Richtigkeit der für eine Zahlung maßgebenden Angaben in der förmlichen Zahlungsanordnung, ihren Anlagen und den begründenden Unterlagen sowie der ihr zugrunde liegenden Sachverhalte festzustellen. Der Feststeller hat nach Nr. 17.1 a. a. O. die rechnerische Richtigkeit durch Unterzeichnung des Vermerks „Rechnerisch richtig“ zu bescheinigen.
- Beim Neudruck der in Betracht kommenden Anlagen ist der jetzt verbindliche Feststellungsvermerk aufzunehmen. Die noch vorhandenen alten Vordrucke können verbraucht werden; auf ihnen ist der Feststellungsvermerk handschriftlich oder durch Maschinenschrift zu berichtigen.
- 6 Im Hinblick auf § 27 Abs. 2 BBesG ist es erforderlich, die in den Vordrucken bisher verwendete Formulierung „BDA-Festsetzung“ durch die Formulierung „Berechnung und Festsetzung des BDA“ zu ersetzen. Das ist bei den mit diesem RdErl. veröffentlichten Vordrucken bereits geschehen.
- Beim Neudruck der übrigen in Betracht kommenden Anlagen ist diese Änderung noch zu berücksichtigen. Die noch vorhandenen alten Vordrucke können verbraucht werden.

Dienststelle _____

PLZ _____

Ort _____

Datum _____

Aktenzeichen _____

Sachbearbeiter _____

Landesamt für Besoldung und Versorgung NW
Postfach 9007

Telefon _____

Nebenstelle _____

4000 Düsseldorf

Mitteilungen

zur

☐ Neueinstellung / ☐ Wiedereinstellung

LBV-Personalnummer

										IN *	
Geburtsdatum		Tag		Monat		Jahr		G			
Nur vom LBV auszufüllen											

A. Kennzahl

2 0 0 7 :

2 0 0 1 :

Familienname

2 0 0 8 :

Namenszusätze zum Familiennamen

2 0 0 2 :

Vorname

2 0 0 4 :

Akademische Grade

2 0 0 3 :

Geburtsname

2 0 0 9 :

Namenszusätze zum Geburtsnamen

2 0 0 5 :

PLZ

Wohnort

2 0 0 6 :

Straße Hausnummer

2 0 1 1 :

Beamtenstatus mit Wirkung vom

Urkunde ausgehändigt am

☐ - Buchstabe ist immer einzusetzen

W = Beamter auf :Widerruf L = Beamter auf Lebenszeit
 A = Beamter auf Probe z.A. Z = Beamter auf Zeit
 P = Beamter auf Probe

2 1 0 4 :

Besoldungs-
gruppeAmts-
bez.Tag der Einstellung
Tag Monat JahrSchlüssel für Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung
lt. „Aufstellung der Amtsbezeichnungen“Kennzahl 2104 gilt nicht für Empfänger von Unterhaltsbeihilfen und Anwärterbezügen und für Austauschassistenten!
(Offene Bezeichnung siehe Abschnitt C)

2 1 3 1 :

Zulage
Schlüssel 1)

2 1 3 2 :

2 1 3 3 :

2 1 3 4 :

2 1 3 5 :

Beginn
Tag Monat JahrBetrag 2)
DM PfEnde
Tag Monat Jahr

- 1) Schlüssel lt. „Katalog der Zulagen und Zuwendungen an Beamte“
 2) Betragsangabe soweit lt. „Katalog der Zulagen und Zuwendungen an Beamte“ vorgeschrieben.

B. Buchungsstelle, Dienststelle, Besoldungsdienstalter/Fiktiver Geburtstag für die Berechnung des Grundgehalts nach dem Lebensalter

Kapitel: _____ Titel: _____ Dienststelle: _____
(Beschäftigungsbehörde)

Besoldungsdienstalter:

Fiktiver Geburtstag: _____

☐ vorläufig☐ endgültigSchul-/Institutsnummer
2 0 2 0 :

C. Nur für Empfänger von Unterhaltsbeihilfen und Anwärterbezügen und für Austauschassistenten

a) Ernennung zum / zur: _____ mit Wirkung vom: _____

b) bei Anwärtern von Laufbahnen des technischen Dienstes: Sonderzuschlag bewilligt? ☐ ja ☐ nein

bitte wenden

1144 D Angaben zur Person

1. Geburtsort: _____

2. Familienstand:

a) ledig

☐

b) verheiratet

☐

c) wiederverheiratet

☐

d) verwitwet

☐

e) geschieden

☐

f) Ehe aufgehoben oder

☐

für nichtig erklärt

ab: _____

Zusatzfragen zum Personenkreis

a), e) und f)

— Werden einer anderen Person Unterhalt und Unterkunft gewährt?

nein ja *)

a), soweit vor dem 2.1.1936 geboren

— Wurde bis zum 31.12.1975 aus einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst Ortszuschlag gezahlt?

☐
☐

e) und f)

— Bestehen gegenüber dem früheren Ehegatten Unterhaltsverpflichtungen?

☐
☐

e) und f), soweit vor dem 2.1.1936 geboren und die Ehe vor dem 1.1.1976 geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt wurde

— Wurde bis zum 31.12.1975 aus einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst Ortszuschlag gezahlt?

☐
☐

*) Soweit Fragen mit „ja“ beantwortet wurden, sind ausreichende Beweisunterlagen oder Erklärungen beizufügen.

Gilt nur für Polizei: Ist der Beamte verpflichtet, gem. § 188 LBG in Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen?

☐
☐

ab: _____

3. Ehegatte im öffentlichen Dienst im Sinne des § 40 Abs. 7 BBesG oder Versorgungsempfänger nach beamtenrechtlichen Grundsätzen:

☐
☐

ab: _____

Name: _____

Amtsbezeichnung: _____

*) Art der Beschäftigung im öffentlichen Dienst

☐

Vollbeschäftigung

☐

Teilzeitbeschäftigung

Dienststelle, Kasse oder Behörde, die die Bezüge zahlt: _____

Arbeitgeber: _____

Aktenzeichen/Personalnummer: _____

4. Kinder, die zum Bezug von Kindergeld und/oder erhöhtem Ortszuschlag berechtigen, sind vorhanden

☐ nein

☐ ja *)

*) Antrag auf besonderem Vordruck

☐ ist beigelegt

☐ wird nachgereicht.

(Kindergeld und erhöhter Ortszuschlag werden nur bei Vorliegen des förmlichen Antrages gewährt)

5. Falls der Beamte von einer anderen Dienststelle des öffentlichen Dienstes aus dem vorhergegangenen Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis für den Einstellungsmonat und darüber hinaus noch Bezüge erhalten hat:

Von welcher Dienststelle? _____

in: _____

Für welchen Zeitraum? vom: _____

bis: _____

6. Falls der Beamte Versorgungsbezüge nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erhält:

Von welcher Dienststelle: _____

in: _____

Aktenzeichen / Personalnummer: _____

7. Steuerklasse: _____ Konfession: — selbst — _____ — Ehegatte — _____

8. Überweisungsweg:

Bankleitzahl: _____

Kontonummer: _____

Geldinstitut: _____

9. Für Sonderzuwendung: im Einstellungsjahr bereits im öffentlichen Dienst vom: _____

bis: _____

bei (Dienststelle) _____

davon hauptberuflich

vom: _____ bis: _____

Wehrdienst im Einstellungsjahr

vom: _____ bis: _____

10. Hat der Beamte bereits einmal Bezüge vom LBV erhalten? ☐ ja ☐ nein

Falls ja, unter welcher Personalnummer? _____

11. Folgende Unterlagen sind beizufügen:

a) Lohnsteuerkarte,

d) evtl. Mitteilungen über die Anlage vermögenswirksamer Leistungen,

b) Heiratsurkunde,

e) Berechnung und Festsetzung des Besoldungsdienstalters (BDA) bzw. Berechnung des fiktiven Geburtstags (FGB) — ggf. nachreichen —

c) Antrag auf Kindergeld,

Anlagen:

Geprüft

Rechnerisch richtig

Sachlich richtig
Im Auftrag

Unterschrift

Unterschrift

Unterschrift

Amtsbezeichnung

Amtsbezeichnung

Sachbearbeiter

Nebenstelle

4000 Düsseldorf 1

**Mitteilung
über die Vorauszahlung von Bezügen
bei Neu- bzw. Wiedereinstellung *)**

— Personalnummer im übrigen wird vom LBV eingetragen —

Als Vorauszahlung auf die zu erwartenden monatlichen Bezüge sind einmalig zu überweisen:

	Amtsbezeichnung																						
Kennzahl																							
3 0 0 1	Familienname																						
3 0 0 2	Vorname																						
3 0 0 5	PLZ		Wohnort																				
3 0 0 6	Straße, Hausnummer																						
3 0 1 0	Kapitel		Titel																			(linksbündig eintragen)	
Überweisungsschrift – Bank/Spark./PS Amt/ bei postbar „entfällt“ einsetzen –																							
3 0 2 6	Kontonummer																				(linksbündig eintragen)		
3 9 0 1	Prüffeld		DM		Pf		Nr																Nur vom LBV auszufüllen! ← Ordnungszahl – Nr. 1 bis 9 –
3 0 2 5	Bankleitzahl																				Rechnerisch richtig Sachlich richtig		

***) Bitte umseitige Erläuterungen beachten!**

Rechnerisch richtig

Sachlich richtig
Im Auftrag

Unterschrift

(Siegel)

Unterschrift

Amtsbezeichnung

Amtsbezeichnung

Erläuterungen über die Ermittlung des vor auszuzahlenden Betrages

Der Berechnung der Vorauszahlung sind zur Vermeidung von Überzahlungen als Höchstgrenze zugrunde zu legen:

- a) für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, Praktikanten im Ausbildungsverhältnis, Verwaltungslehrlinge und Auszubildende

80 v.H. der zustehenden Anwärterbezüge (§ 59 Abs. 2 BBesG) ohne Anwärterverheiratenzuschlag, der Unterhaltsbeihilfe bzw. der im 1. Ausbildungsjahr zu zahlenden Ausbildungsvergütung zuzüglich der ggf. zustehenden Zuschläge

- b) für Beamte mit Dienstbezügen und Richter

80 v.H. der Dienstbezüge (§ 1 Abs. 2 BBesG) unter Zugrundelegung der 1. Dienstaltersstufe der zustehenden Besoldungsgruppe

- c) für Angestellte über 18 Jahre

65 v.H. der Bezüge (§ 26 BAT) unter Zugrundelegung der Grundvergütung aus der arbeitsvertraglich vereinbarten Vergütungsgruppe, und zwar
 – soweit die Anlage 1 a zum BAT maßgeblich ist –
 in der Lebensaltersstufe, die dem bei der Einstellung vollendeten Lebensjahr entspricht,
 – soweit die Anlage 1 b zum BAT maßgeblich ist –
 nach Stufe 1

- d) für Angestellte unter 18 Jahren

65 v.H. der Gesamtvergütung nach der arbeitsvertraglich vereinbarten Vergütungsgruppe und dem Lebensalter

- e) für Arbeiter (ohne Personenkraftwagenfahrer)

65 v.H. des Gesamtarbeitslohnes unter Zugrundelegung des nach der arbeitsvertraglich vereinbarten Lohngruppe zustehenden Monatstabellenlohnes der Stufe 1

- f) für Personenkraftwagenfahrer

65 v.H. des Gesamtarbeitslohnes unter Zugrundelegung des Pauschallohnes der Gruppe I im 1. bis 8. Jahr der Dienstzeit

- g) für Angestellte, deren Vergütung nicht nach den Tarifverträgen zum BAT, und
 für Arbeiter, deren Lohn nicht nach den Lohn tariffverträgen zum MTL II
 zu bemessen ist,

die bei sinn gemäßer Anwendung der unter den Buchstaben c) bis f) genannten Berechnungsgrundlagen sich ergebenden entsprechenden Beträge.

Bei teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Richterinnen sowie bei nicht vollbeschäftigten Angestellten und Arbeitern ist das Verhältnis der ermäßigten bzw. arbeitsvertraglich vereinbarten Arbeitszeit zur regelmäßigen Arbeitszeit bei der Berechnung der Vorauszahlung zu berücksichtigen. Stehen Bezüge nur für einen Teil des Monats zu, so richtet sich die Berechnung der Vorauszahlung für den Einstellungsmonat nach dem Runderlaß des Finanzministers NW vom 7.1.1965 (SMBI. NW. 20320).

Es ist ratsam, die Bediensteten darauf hinzuweisen, daß Vorauszahlungen immer unter Vorbehalt geleistet werden.

Dienststelle

PLZ

Ort

Datum

Aktenzeichen

Sachbearbeiter

Landesamt für Besoldung und Versorgung NW

Telefon

Nebenstelle

Postfach 9007

4000 Düsseldorf

Änderungsmitteilung

Feststellung des Verlustes der Dienstbezüge / der Anwärterbezüge gem. § 9 BBesG

Herabsetzung der Anwärterbezüge gem. § 66 BBesG

LBV-Personalnummer



--	--	--	--	--	--	--	--

Name und Vorname				
Amtsbezeichnung				
Geburtsdatum				
Fernmündlich voraus am				
Fernschriftlich voraus durch FS vom				
durchgegeben von				
angenommen von				
Feststellung des Verlustes der Dienstbezüge – der Anwärterbezüge – für nebenstehende Zeiträume	volle Tage vom / am bis		halbe Tage vom / am bis	
Der Feststellungsbescheid ist unanfechtbar	seit _____ 19 ____			
Herabsetzung der Anwärterbezüge gem. § 66 BBesG für die Zeit	ab / vom _____ 19 ____ bis _____ 19 ____			
Anmerkungen				

Sachlich richtig

Im Auftrag

Unterschrift

(Siegel)

Unterschrift

Amtsbezeichnung

Dienststelle

PLZ

Ort

Datum

Aktenzeichen

Sachbearbeiter

Telefon

Nebenstelle

Landesamt für Besoldung und Versorgung NW

Postfach 9007

4000 Düsseldorf

Änderungsmitteilung *)
Beendigung des Beamtenverhältnisses
 gem. §§ 38 – 50 LBG und Tod

LBV-Personalnummer

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒ oder ausfüllen!

--	--	--	--	--	--

Name und Vorname			
Amtsbezeichnung			
Geburtsdatum, Geburtsort			
Fernmündlich/Fernschriftlich voraus am			
durchgegeben von			
angenommen von			
1.	Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf des	gem. §§	LBG
2.	Versetzung in den Ruhestand mit Ablauf des	gem. §§	LBG
durch Erlaß/Verfügung des/der			
vom (Datum und Aktenzeichen)			
infolge eines Dienstunfalles		ja ☐	nein ☐
3.	Lt. beigefügter Sterbeurkunde verstorben am		
infolge eines Dienstunfalles		ja ☐	nein ☐
Der/Die Verstorbene hat Ehegatten, leibliche Abkömmlinge oder an Kindes Statt angenommene Kinder hinterlassen.		ja ☐	nein ☐
Anschrift der Hinterbliebenen:			
Name und Vorname			
Straße und Hausnummer			
PLZ, Wohnort			
4.	Bestehen Schadensersatzansprüche gegen Dritte gem. § 99 LBG?	ja ☐	nein ☐ Wird noch geprüft; das Ergebnis der Prüfung wird dem LBV mitgeteilt.

*) Bei Eintritt in den Ruhestand mit Personalakten mindestens drei Monate vor dem Ausscheiden übersenden, soweit das LBV für die Festsetzung der Versorgungsbezüge zuständig ist.

Anlagen: ☐ Bd. Personalakten
☐ Sterbeurkunde

Geprüft

Sachlich richtig

Im Auftrag

Unterschrift

Unterschrift

(Siegel)

Unterschrift

Dienststelle _____	PLZ _____	Ort _____	Datum _____
Aktenzeichen _____	Sachbearbeiter _____		
_____	Telefon _____ / Nebenstelle _____		

in _____			

LBV-Personalnummer _____ ➔ 

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Prz
N *

und zwar Besoldung — Kennbuchstaben A bis J ohne I mit 6 nachfolgenden Ziffern —
 einschl. Anwärterbezüge —
 Vergütung — Kennbuchstaben K bis Q und U ohne O mit 8 nachfolgenden Ziffern —

Sehr geehrte

Auf Ihren Antrag vom _____ bewillige ich Ihnen nach den Vorschußrichtlinien einen unverzinslichen Vorschuß in Höhe von _____

_____ DM

(in Buchstaben: _____ DM).

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen, Postfach 9007, 4000 Düsseldorf, das eine Zweitschrift dieses Bescheides erhalten hat, wird Ihnen diesen Betrag überweisen.

Ein bestehender Restvorschuß wird

- ☐ weiter in der bisherigen Weise getilgt.
☐ mit dem neuen Vorschuß zusammengelegt.

Der neue Vorschuß — Die Gesamtsumme der Vorschüsse — ist in monatlichen Raten von _____ DM zu tilgen.

Die Tilgungsraten werden von Ihren Bezügen einbehalten.

Soweit Vorschüsse die festgelegte Höchstgrenze von 5000,— DM übersteigen, sind sie nach den Lohnsteuerrichtlinien lohnsteuerlich als Darlehen zu behandeln. Die Zinssparnis ist steuerpflichtig. Das Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen wird zutreffendenfalls die entsprechende Mitversteuerung vornehmen.

Sollten Sie vor Rückzahlung des Vorschusses aus dem öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen ausscheiden, ist der noch nicht getilgte Betrag in einer Summe zurückzuzahlen.

Mit freundlichen Grüßen
 Im Auftrag

Dienststelle _____	PLZ _____	Ort _____	Datum _____
Aktenzeichen _____	Sachbearbeiter _____		
_____	Telefon _____ / Nebenstelle _____		

in _____			

LBV-Personalnummer _____



--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Prz
N *und zwar Besoldung
einschl. Anwärterbezüge
Vergütung— Kennbuchstaben A bis J ohne I mit 6 nachfolgenden Ziffern —
— Kennbuchstaben K bis Q und U ohne O mit 8 nachfolgenden Ziffern —

Sehr geehrte

Auf Ihren Antrag vom _____ bewillige ich Ihnen nach den Vorschußrichtlinien einen unverzinslichen Vorschuß in Höhe von

DM

(in Buchstaben: _____ DM).

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen, Postfach 9007, 4000 Düsseldorf, das eine Zweitschrift dieses Bescheides erhalten hat, wird Ihnen diesen Betrag überweisen.

Ein bestehender Restvorschuß wird

- ☐ weiter in der bisherigen Weise getilgt.
- ☐ mit dem neuen Vorschuß zusammengelegt.

Der neue Vorschuß — Die Gesamtsumme der Vorschüsse — ist in monatlichen Raten von _____ DM zu tilgen.

Die Tilgungsraten werden von Ihren Bezügen einbehalten.

Soweit Vorschüsse die festgelegte Höchstgrenze von 5000,— DM übersteigen, sind sie nach den Lohnsteuerrichtlinien lohnsteuerlich als Darlehen zu behandeln. Die Zinssparnis ist steuerpflichtig. Das Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen wird zutreffendenfalls die entsprechende Mitversteuerung vornehmen.

Sollten Sie vor Rückzahlung des Vorschusses aus dem öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen ausscheiden, ist der noch nicht getilgte Betrag in einer Summe zurückzuzahlen.

Rechnerisch richtig

Sachlich richtig

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag_____
Unterschrift_____
Amtsbezeichnung

--	--	--	--	--	--	--	--

N *

Vergütung

Kennzahl

▼

	6	2	0
--	---	---	---

Monatsbetrag						
--------------	--	--	--	--	--	--

Beg. Mon.	Ende Mon.

	6	2	1
--	---	---	---

Monatsbetrag						
--------------	--	--	--	--	--	--

Beg. Mon.	Ende Mon.
--------------	--------------

2024

Hinweis- kennzahl	Beginn Mon. Jahr

Erläuterung	
1	

Erläuternde Angaben

6	0	2	4
---	---	---	---

Hinweis- kennzahl	Beginn Tag	Mo

[illegible]

3	0	0	1
---	---	---	---

Name _____

3005

PLZ	Wohnort

3	0	0	6
---	---	---	---

Straße, Hausnummer	

3	0	2	5
---	---	---	---

	Bankleitzahl

3	0	2	6
---	---	---	---

Konto-Nr.	
-----------	--

3	9	4	8
---	---	---	---

Ergänzende Angaben	

3	9	0	5
---	---	---	---

Bestandsänderung									
Sch	Prüffeld			DM			Pf		
	d			d					

3	9	0	6
---	---	---	---

Konto	7750 - Anweisung		Pf
Prüffeld	DM		
d			

	7	8	5
--	---	---	---

Schl.	Nr.
0	

Monatsbetrag	
-	

Gesamtbetrag						
---------------------	--	--	--	--	--	--

3904

Aussetzung der Tilgung					
Beginn			Ende		
Mon.	Jahr		Mon.	Jahr	

Geprüft

Dienststelle _____

PLZ _____

Ort _____

Datum _____

Aktenzeichen _____

Sechsbearbeiter _____

Telefon _____

Nebenstelle _____

1. _____

 in _____

LBV-Personalnummer _____

und zwar Besoldung
 einschl. Anwärterbezüge
 Vergütung

— Kennbuchstaben A bis J ohne I mit 6 nachfolgenden Ziffern —
 — Kennbuchstaben K bis Q und U ohne O mit 8 nachfolgenden Ziffern —



--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Prz
 N *

Sehr geehrte

Auf Ihren Antrag vom _____ bewillige ich Ihnen nach den Vorschußrichtlinien einen unverzinslichen Vorschuß in Höhe von _____

DM

(in Buchstaben: _____ DM).

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen, Postfach 9007, 4000 Düsseldorf, das eine Zweitschrift dieses Bescheides erhalten hat, wird Ihnen diesen Betrag überweisen.

Ein bestehender Restvorschuß wird

- ☐ weiter in der bisherigen Weise getilgt.
☐ mit dem neuen Vorschuß zusammengelegt.

Der neue Vorschuß — Die Gesamtsumme der Vorschüsse — ist in monatlichen Raten von _____ DM zu tilgen.

Die Tilgungsraten werden von Ihren Bezügen einbehalten.

Soweit Vorschüsse die festgelegte Höchstgrenze von 5000,— DM übersteigen, sind sie nach den Lohnsteuerrichtlinien lohnsteuerlich als Darlehen zu behandeln. Die Zinssparnis ist steuerpflichtig. Das Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen wird zutreffendenfalls die entsprechende Mitversteuerung vornehmen.

Sollten Sie vor Rückzahlung des Vorschusses aus dem öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen ausscheiden, ist der noch nicht getilgte Betrag in einer Summe zurückzuzahlen.

2. Durchschrift für LBV

Mit freundlichen Grüßen

3. z.d.A.

I. A.

Datum

Sachbearbeiter

Nebenanstelle

4000 Düsseldorf 1

Änderungsmitteilung

Fliegerzulage (Beobachter)
Grubenaufwandsentschädigung (Grubenfahrt)
Nachtdienstentschädigung

LBV-Personalnummer

Geburtsdatum

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒ und, soweit erforderlich, ausfüllen.

Es sind zu zahlen als

☐ Fliegerzulage (nur für Beobachter)☐ Grubenaufwandsentschädigung
(Grubenfahrt)☐ **Nachdienstentschädigung**

im Monat

für Stunden bzw. Grubenfahrten

Nur vom LBV auszufüllen!

Kennzahl	Schlüssel	Monat	Stunden/ Grubenfahrten
2 H 0 1	:		
2 H 0 2	:		
2 H 0 3	:		
2 H 0 4	:		
2 H 0 5	:		
2 H 0 6	:		

Rechnerisch richtig;

Sachlich richtig:

Rechnerisch richtig

Zu A

Sachlich richtig
Im Auftrag

Unterschrift

(Siegel)

Unterschrift

Amtsbezeichnung

Amtsbezeichnung

1211

Dienststelle

PLZ

Ort

Datum

Aktenzeichen

Telefon

Nebenstelle

Landesamt für Besoldung und Versorgung NW
Postfach 9007

4000 Düsseldorf 1

LBV-Personalnummer

Änderungsmitteilung

– Vergütung für nebenamtliche Tätigkeit
und Einzelstundenvergütung –

										N	* Besol- dung
										N	* Ver- gütung

Name	Vorname	Geburtsdatum	Bes.Gr.:
			Verg.Gr.:

Zutreffendes ankreuzen

☐	2 1	Fachhochschule Aachen	☐	4 5	Universität Bonn	☐	6 5	Staatl.Hochschule f. Musik Westfalen-Lippe
☐	2 2	Fachhochschule Bielefeld	☐	4 6	Med.Einrichtungen der Universität Bonn	☐	7 0	Gesamthochschule Duisburg
☐	2 3	Fachhochschule Bochum	☐	4 7	Universität Dortmund	☐	7 1	Gesamthochschule Essen
☐	2 4	Fachhochschule Dortmund	☐	4 8	Universität Düsseldorf	☐	7 2	Med. Einrichtungen der Gesamthochschule Essen
☐	2 5	Fachhochschule Düsseldorf	☐	4 9	Med.Einrichtungen der Universität Düsseldorf	☐	7 4	Gesamthochschule Paderborn
☐	2 6	Fachhochschule Hagen	☐	5 0	Universität Köln	☐	7 5	Gesamthochschule Siegen
☐	2 7	Fachhochschule Köln	☐	5 1	Med.Einrichtungen der Universität Köln	☐	7 6	Gesamthochschule Wuppertal
☐	2 8	Fachhochschule Krefeld	☐	5 2	Universität Münster	☐	8 0	Pädag.Hochschule Rheinland
☐	2 9	Fachhochschule Lemgo	☐	5 3	Med.Einrichtungen der Universität Münster	☐	8 1	Pädag.Hochschule Ruhr
☐	3 0	Fachhochschule Münster	☐	5 4	Fernuniversität Hagen	☐	8 2	Pädag.Hochschule Westf.-Lippe
☐	4 1	Universität Bielefeld	☐	6 0	Deutsche Sporthochschule Köln	☐	8 3	Sozialakademie Dortmund
☐	4 2	Laborschule-Oberstufenkolleg Einricht.d.Universität Bielefeld	☐	6 1	Rheinisch-Westf.Techn. Hochschule Aachen	☐	8 4	Staatl.Kunstakademie Düsseldorf
☐	4 3	Universität Bochum	☐	6 2	Med.Einrichtungen der Techn. Hochschule Aachen	☐	8 8	Bibliothekar-Lehrinstitut Köln
☐	4 4	Med.Einrichtungen der Universität Bochum	☐	6 3	Staatl.Hochschule f. Musik Rheinl.	☐	9 0	Lehrinstitut f. Russische Sprache des Landes NW, Bochum
☐			☐	6 4	Staatl.Hochschule f. Musik Ruhr	☐		

Für nebenamtliche Tätigkeit ist nachstehende Vergütung zu zahlen:

A Abrechnung

*) Die stark umrandeten Felder in Abschnitt A und B sind nur vom LBV auszufüllen!

Monat	Stunden	Stundensatz DM	Pf	Fahrtkosten DM	Pf
2 H					
2 K					
2 L					
2 M					
2 N					
2 P					

B Bis zur nächsten Abrechnung ist monatlich ein Abschlag zu zahlen:

Stunden	Stundensatz DM	Pf	Beginn Mon. Jahr	Ende Mon. Jahr
2 R				

Rechnerisch richtig

*) Rechnerisch richtig

Sachlich richtig

Sachlich richtig Im Auftrag

Unterschrift

(Siegel)

Unterschrift

Amtsbezeichnung

Amtsbezeichnung

Erläuterungen

- 1 Personalnummer
Zur Personalnummer ist auch der vorangestellte Kennbuchstabe (Kreis) einzutragen.
- 2 Geburtsdatum
Das Geburtsdatum dient der Identitätskontrolle und ist daher stets anzugeben. Die vorgesehenen Felder sind rechtsbündig und, falls erforderlich, mit führenden Nullen auszufüllen.

Beispiel: 9.8.1949 =

09	08	49
----	----	----
- 3 Institut
Das zutreffende Institut ist anzukreuzen. Wird an mehreren Instituten mit unterschiedlichen Schlüsselzahlen nebenamtlicher Unterricht erteilt, so ist für jedes Institut ein Formblatt auszufüllen. Sind auf einem Formblatt mehrere Schlüsselzahlen angekreuzt, kann die Änderungsmitteilung nicht ausgewertet werden.
- 4 Abschnitt A – endgültige Zahlung –
 - 4.1 Die Abrechnung soll spätestens nach 6 Monaten erfolgen. Abrechnungsmonate müssen immer in der Vergangenheit liegen, dürfen aber 10 Monate (vom Eingang der Änderungsmitteilung beim LBV gerechnet) nicht überschreiten.
 - 4.2 In die vorgesehenen Felder sind einzutragen:

„Monat“	–	Abrechnungsmonat in Ziffern – ggf. unter Voransetzen einer führenden Null – z.B.: Mai = 05
„Stunden“	–	Anzahl der im Abrechnungsmonat für nebenamtlichen Unterricht geleisteten Stunden – ggf. unter Voransetzen einer führenden Null – z.B.: 8 Unterrichtsstunden = 08
„Stundensatz“	–	Vergütung für eine Unterrichtsstunde In das Betragsfeld dürfen nur Ziffern – ggf. unter Voransetzen führender Nullen –, keine Striche und kein Komma eingetragen werden z.B.: DM 01200, nicht DM 12,–
 - 4.3 Grundsätzlich sind Eintragungen nur für Monate vorzunehmen, für die eine Vergütung zu zahlen ist (Eintragung in zeitlicher Folge). Ist jedoch bereits ein Abschlag gezahlt worden, so sind diese Monate unbedingt abzurechnen. Dies gilt auch dann, wenn die Höhe der endgültigen Zahlung gegenüber der Abschlagszahlung unverändert bleibt. Steht für einen Monat, für den ein Abschlag gezahlt wurde, keine Vergütung zu, so ist der Monat einzutragen, die Felder „Stunden“ und „Stundensatz“ sind mit Nullen auszufüllen. Wird eine Abschlagszahlung nicht abgerechnet, so wird sie 11 Monate später wieder einbehalten.

Beispiel: Ein für den Monat Januar gezahlter Abschlag wird im Dezember einbehalten, wenn er bis dahin nicht abgerechnet worden ist.
 - 4.4 Innerhalb eines Änderungszeitraumes (Eingang beim LBV: für Beamte vom 10. eines Monats bis 9. des folgenden Monats und für Angestellte vom 21. jeden Monats bis 20. des folgenden Monats) darf nur eine Änderungsmitteilung je Zahlfall und Institut (Schlüsselzahl) übersandt werden. Eintragungen zu Abschnitt A und Abschnitt B in einer Mitteilung sind zulässig.
 - 4.5 Sollen dem LBV unter Abschnitt A bereits mitgeteilte Daten durch eine spätere Änderungsmitteilung berichtigt werden, so ist die zweite Mitteilung innerhalb eines Änderungszeitraumes als „Berichtigung“ deutlich sichtbar zu kennzeichnen.
- 5 Abschnitt B – Abschlagszahlungen –
 - 5.1 Soll bis zur Abrechnung nach Abschnitt A ein monatlicher Abschlag gezahlt werden, so ist Abschnitt B auszufüllen.
 - 5.11 Abschlagszahlungen auf Fahrtkosten sind nicht zulässig.
 - 5.2 Abschläge dürfen nur für ein Semester, niemals für zurückliegende Monate bewilligt werden. Sie sollen so bemessen sein, daß keine Überzahlungen entstehen und Einbehalten bei der Abrechnung vermieden werden.
 - 5.3 Der Zeitraum, für den Abschläge gezahlt werden sollen, ist stets mit „Beginn“ und „Ende“ anzugeben.

Beginn	=	Monat, in dem die Zahlung erstmalig erfolgen soll,
Ende	=	Monat, in dem der Abschlag letztmalig gezahlt werden soll.

Auf keinen Fall darf ein Monat berührt werden, für den bereits eine Mitteilung nach Abschnitt A gefertigt worden ist.
6. Wegen der von der Vergütung abweichenden steuerlichen Behandlung der Fahrtkosten sind diese hinter den besonderen Kennzahlen unter Abschnitt A – unter Beachtung von Nr. 4.2 – einzutragen.

Dienststelle

PLZ

Ort

Datum

Aktenzeichen

Sachbearbeiter

Telefon

Nebenstelle

Landesamt für Besoldung und Versorgung NW

Postfach 9007

4000 Düsseldorf 1

Mitteilungen

zur

☐ Neueinstellung ☐ Wiedereinstellung
eines(r) Angestellten/Praktikanten(in)/Auszubildenden/
Studentischen/Wissenschaftlichen Hilfskraft/
Lehrbeauftragten
(Nichtzutreffendes streichen)

LBV-Personalnummer

Prz

Kennzahl

6 0 0 7

Tag Monat Jahr

G

Nur vom LBV auszufüllen

A. 6 0 0 1

Familienname

6 0 0 8

Namenszusätze zum Familiennamen

6 0 0 2

Vorname (lt. Versicherungsnachweise)

6 0 0 4

Akademische Grade

6 0 0 3

Geburtsname

6 0 0 9

Namenszusätze zum Geburtsnamen

6 0 0 5

PLZ

Wohnort (Auslandsanschrift ist unter „L“ Bemerkungen einzutragen)

6 0 0 6

Straße, Hausnummer

6 2 5 6

Geburtsort

6 0 2 0

Schul-/Institutnummer

B. 6 2 1 3

Rentenversicherungsnummer

6 2 1 4

Betriebsnummer der
Beschäftigungsdienststelle

6 2 1 5

Angaben zur Tätigkeit

A

B C

A = Ausübter Tätigkeit

B = Stellung im Beruf

C = Ausbildung

siehe Schlüsselverzeichnis der Bundesanstalt für Arbeit für die
Angaben zur Tätigkeit in den Versicherungsnachweisen

6 2 1 6

ja

Mehrfachbeschäftigter

ja = 1

nein = 0

6 2 1 7

ja

Rentner oder Rentenanspruchsteller

ja = 1

nein = 0

C. 6 1 0 7

Lsg.

Jahr

Verg. Gr.

Beginn

Tag

Monat

Jahr

siehe Vergütungsgruppenkatalog

Kennzahl 6107 gilt nicht für Lehrkräfte, die Vergütung nach Jahreswochen-
stunden, Semestermonatsstunden oder Einzelstunden erhalten.

6 3 2 0

Arbeits-
tageArbeits-
tage

Beginn

Mon.

Jahr

Anzahl der
zu vergütenden
ArbeitstageAnzahl der
Kalendertage (bei Auszubildenden = 30 Tage)
des Monats

12 14

6 1 0 9	Stufe	Steigerung Monat	Jahr	Beginn Monat	Jahr
6 3 0 1	Std.	Std.	Beginn Tag	Monat	Jahr
Ermäßigte Arbeitszeit Kennzahl 6301 nur bei Teilbeschäftigung ausfüllen (Wochenstunden)					
6 1 2 2	Beginn Tag	Monat	Jahr	Tg.	Tage = Anzahl der Arbeitstage pro Woche Nur bei Abweichung von der Fünf-Tage-Woche ausfüllen
6 9 5 0	Beginn Tag	Monat	Jahr	Std.	Betrag DM Pf.
6 9 5 1					
6 9 5 2					
6 9 5 3					
6 9 5 4					
6 9 5 5					
5 9 5 6					
6 1 7 9	Zulage Schlüssel	Beginn Tag	Monat	Jahr	Stunden Min.
6 1 8 0					
6 1 8 1					
6 1 8 2					
6 5 2 1	Fahrtkosten DM				Pf.
6 1 3 3	Zulage 1) Schlüssel	Beginn Tag	Monat	Jahr	Betrag 2) DM Pf.
6 1 3 4					
6 1 3 5					
6 1 3 6					
6 1 3 7					

- 1) Schlüssel lt. „Katalog der Zulagen, Entschädigungen und sonstigen Zuwendungen“.
- 2) Beträge angebe soweit lt. Katalog zu 1) vorgeschrieben.

1. Sonstige Zulagen soweit nicht unter Kennzahl 6135 – 6137 eingegeben *

	ab/vom	bis
	ab/vom	bis
	ab/vom	bis
	ab/vom	bis

* Nicht im Katalog aufgeführte Zulagen

2. Pauschvergütung in Höhe von _____ ab _____ bis _____ zu zahlen (6111)

3. Arbeitsverhältnis befristet bis _____ (6101)

D. Verbuchungsstelle und Dienststelle

Kapitel (6011) _____ Titel _____ Kostenstelle _____ Dienststelle (Beschäftigungsbehörde) _____

E. Angaben zur Person

1. Staatsangehörigkeit
Soweit nicht deutsch _____ (6219)

2. Lehrkraft (SR 2 I) ☐

3. Altersrentner ☐ (6040)
Erwerbsunfähigkeitsrentner
Berufsunfähigkeitsrentner
Rentenantragsteller

Empfänger von Versorgungsbezügen, Hinterbliebenenbezügen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen ☐

4. Familienstand

a) ledig ☐ b) verheiratet ☐ c) wiederverheiratet ☐ d) verwitwet ☐ e) geschieden ☐ f) Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt ☐ ab: _____

Zusatzfragen zum Personenkreis

a), e) und f)

— Werden einer anderen Person Unterhalt und Unterkunft gewährt?

nein ☐ ja ☐

a), soweit vor dem 2.1.1936 geboren

— Wurde bis zum 31.12.1975 aus einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst Ortszuschlag gezahlt?

☐ ☐

e) und f)

— Bestehen gegenüber dem früheren Ehegatten Unterhaltsverpflichtungen?

☐ ☐

e) und f), soweit vor dem 2.1.1936 geboren und die Ehe vor dem 1.1.1976 geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt wurde

— Wurde bis zum 31.12.1975 aus einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst Ortszuschlag gezahlt?

☐ ☐

*) Soweit Fragen mit „ja“ beantwortet wurden, sind ausreichende Beweisunterlagen oder Erklärungen beizufügen.

5. Ehegatte im öffentlichen Dienst im Sinne des § 40 Abs. 7 BBesG oder Versorgungsempfänger nach beamtenrechtlichen Grundsätzen:

nein ☐ ja ☐

ab: _____

Name: _____ Amtsbezeichnung: _____

*) Art der Beschäftigung im öffentlichen Dienst:

☐ Vollbeschäftigung

☐ Teilzeitbeschäftigung

Dienststelle, Kasse oder Behörde, die die Bezüge zahlt: _____

Arbeitgeber: _____

Aktenzeichen/Personalnummer _____

Höhe des Ruhegehalts

☐ unter 65 v.H.

(Basis: ruhegehaltfähige Dienstbezüge)

☐ 65 v.H. und mehr

6. Falls der Bedienstete Versorgungsbezüge nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erhält

Dienststelle _____ in _____

Aktenzeichen/Personalnummer: _____

7. Kinder, (6401 – 6430)

die zum Bezug von Kindergeld und/oder erhöhtem Ortszuschlag berechtigen, sind vorhanden

☐ nein

☐ ja

Antrag auf besonderem Vordruck

☐ ist beigelegt

☐ wird nachgereicht.

8. Zuwendung (6305 / 6306)

War der Bedienstete im Einstellungsjahr im Sinne des Zuwendungstarifvertrages im öffentlichen Dienst?

nein ☐ ja ☐

= bei _____ von _____ bis _____

Zuwendung wurde im Einstellungsjahr für die Zeit vom _____ bis _____ gezahlt.

F. Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung (z.B. VBL/VBL-U/BVK/BVA-Abt.-B)

1. Von der Versicherungspflicht befreit ☐ nein ☐ ja ☐
(ggf. Befreiungsbescheid vorlegen (6250, 6253) (6224 – 6226))

2. Gemäß Versorgungstarifvertrag zu versichern bei _____

3. War der Bedienstete bereits bei der VBL oder ähnlicher Zusatzversorgungskasse versichert: ☐ nein ☐ ja ☐

bei _____

4. Wurden die Beiträge erstattet? ☐ nein ☐ ja ☐

G. Sozialversicherung

1. Zuständige AOK _____ (6201)

2. Pflichtmitglied einer Ersatzkasse ☐ nein ☐ ja ☐ = bei _____ (Bescheinigung gem. § 517 RVO beifügen)

3. Krankenversicherungsfrei gem. § 173 RVO ☐ (K) (6040) (Befreiungsbescheid beifügen)
§ 173b RVO ☐ (H) (6040)

4. Versicherungspflicht zur Rentenversicherung der Angestellten ☐
(6224 - 6226) der Arbeiter ☐

Von der Rentenversicherungspflicht
befreit:

nein ☐ ja ☐ (Bescheid beifügen)

5. Anderweitige Zukunftssicherung

ja ☐ bei _____

Mtl. Beitrag zu dieser Versicherung _____ DM (Unterlagen beifügen)
(6204)

6. Anderweitiges sozialversicherungspflichtiges Einkommen mtl.: _____ DM bei _____

(Volle Anschrift des Arbeitsgebers angeben)

7. Von der Arbeitslosenversicherung befreit: nein ☐ ja ☐ (ggf. Befreiungsbescheid beifügen)
(6201)

- H. Steuerklasse _____ Konfession - selbst - _____ - Ehegatte - _____
(6601)

Überweisungsweg _____

Bankleitzahl _____
(6025)

Kontonummer _____
(6026)

Geldinstitut _____

Hat der Bedienstete bereits einmal Bezüge vom LBV erhalten?

nein ☐

ja ☐

unter welcher Personal-Nr.? _____

L. Bemerkungen

M. Folgende Unterlagen sind beigelegt:

- ☐ Lohnsteuerkarte,
☐ Antrag auf Kindergeld,
☐ Evtl. Mitteilung über die Anlage vermögenswirksamer Leistungen,
☐ Vergütungsfestsetzung (ggf. nachreichen),
☐ Versicherungsnachweise ggf. Ersatzanmeldung

Geprüft

Rechnerisch richtig

Sachlich richtig
Im Auftrag

Unterschrift

Unterschrift

(Siegel)

Unterschrift

Amtsbezeichnung

Amtsbezeichnung

Dienststelle

PLZ

Ort

Datum

Aktenzeichen

Sachbearbeiter

Landesamt für Besoldung und Versorgung NW
Postfach 9007

Telefon

Nebenzellen

4000 Düsseldorf 1

Änderungsmitteilung

Zulagen laut „Katalog der Zulagen, Entschädigungen und sonstigen Zuwendungen“
(Vergütung/Lohn)

LBV-Personalnummer

Prz

Geburtsdatum

6	0	0	0	5
---	---	---	---	---

Tag

Monart

Jahr

Name

Vorname

Zulagen

Kennzahl	Zulage 1) Schlüssel	Beginn Tag Mon. Jahr	Betrag 2) DM Pf	Ende Tag Mon. Jahr	Erl./Verf.-datum Tag Mon. Jahr -
6 1 3 3 :					
6 1 3 4 :					
6 1 3 5 :					
6 1 3 6 :					
6 1 3 7 :					
6 1 3 8 :					
6 1 3 9 :					
6 1 4 0 :					
6 1 4 1 :					
6 1 4 2 :					

Kennzahl	Zulage 1) Schlüssel	Zahlungs- zeitraum		Tage 2)	
		Mon.	Jahr	Stunden	Min.
6 1 4 3 :					
6 1 4 4 :					
6 1 4 5 :					
6 1 4 6 :					
6 1 4 7 :					
6 1 4 8 :					
6 1 4 9 :					
6 1 5 0 :					
6 1 5 1 :					
6 1 5 2 :					

Kennzahl	Zulage 1) Schlüssel	Beginn			Faktor 3)	Ende			Erl.-/Verf.-datum		
		Tag	Mon.	Jahr		Tag	Mon.	Jahr	Tag	Mon.	Jahr
6 1 5 3 :											
6 1 5 4 :											
6 1 5 5 :											

gilt nur für Angestellte

- 1) Schlüssel lt. „Katalog der Zulagen, Entschädigungen und sonstigen Zuwendungen“ für Angestellte/Arbeiter
- 2) Angabe, soweit im Katalog (siehe 1) vorgeschrieben. Die Eintragung hat rechtsbündig zu erfolgen. Führende Nullen sind nach links aufzufüllen (siehe Beispiel Rückseite).
- 3) Eintragung lt. Spalte „Eingabe“ im Katalog (siehe 1).

Hinweis: Die etwaige Nichtanwendung einer Ausschußfrist (§ 70 BAT/§ 72 MTL II) ist auf der Rückseite eingehend zu begründen.

Geprüft

Rechnerisch richtig

**Sachlich richtig
Im Auftrag**

(Siegel)

Unterschrift

Unterschrift

Unterschrift

LBV (A) 4. 1977

Amtsbezeichnung

Amtsbezeichnung

Beispiele zu den Kennzahlen 6143 bis 6152**a) Bereich BAT**

6143 : **046** | **0177** | **00012** ,

= Zulage bei 12 Tagen Erholungsurlaub im Monat Januar 1977

6144 : **047** | **0277** | **00015** ,

= Zulage bei Arbeitsunfähigkeit an 15 **Arbeitstagen** im Monat Februar 1977

b) Bereich MTL

6143 : **509** | **0377** | **00003** ,

= Zulage für 3 Wechselschichten im Monat Januar 1977

6144 : **518** | **0377** | **01500** ,

= Zulage für 15 Überstunden (ohne Sonntagsstunden) im Monat Januar 1977

Einstellung (Beamte)**STD 401**

Dienststelle, Aktenzeichen

Ort, Datum

**Landesamt für Besoldung und
Versorgung Nordrhein-Westfalen****4000 Düsseldorf, Postfach 90 07**

LBV-Personalnummer

8500 : 401

Geburtsdatum G Seriennummer

Identnummer

2007 :

Schulnummer

2020 :

Zur Person

Familienname

2001 :

Namensbestandteile
des Familiennamens

2008 :

Vorname

2002 :

Geburtsname
(Mädchenname)

2003 :

Namensbestandteile
des Geburtsnamens

2009 :

Anschrift

2005 :

noch Anschrift

2006 :

Akademische Grade

2004 :

Rechtsverhältnis/
Beschäftigungsart

2011 :

Rechtsverhältnis

W = Beamter auf Widerruf
A = Beamter auf Probe z. A.P = Beamter auf Probe
L = Beamter auf LebenszeitZ = Beamter
auf Zeit

Beschäftigungsart

8475 :

V = Vollzeitbeschäftigung
T = TeilzeitbeschäftigungM = nebenamtliche Beschäftigung
S = Beschäftigung von Lehr-
amtsanwärtern, Austauschassistenten

lt. Urkunde vom

mit Wirkung vom

Zur Beschäftigung

Besoldungsgruppe

2104 :

Besold.-Gruppe¹⁾ Amts-Bez.¹⁾ Tag der Einstellung

Tag Monat Jahr

1) Schlüssel für Bes. Gr. und Amtsbezeichnung lt. „Aufstellung der Amtsbezeichnungen“
Gilt nicht für: Anwärterbezüge und Austauschassistenten (vergl. hierzu Kennzahl 8453)Teilzeit-
Beschäftigung

2311 :

Std. Std. Beginn
-a- -b- Tag Monat JahrDiese Kennzahl wird nur bei Teilzeitbeschäftigung gem. § 85 a LBG ausgefüllt
a = Ermäßigte Arbeitszeit (Wochenstunden)
b = Regelmäßige Arbeitszeit (Wochenstunden)

Zulagen

2131 :

Zulage Beginn Betrag Ende
Schlüssel²⁾ Tag Monat Jahr DM Pf Tag Monat Jahr

2132 :

2) Schlüssel lt. „Katalog der Zulagen und Zuwendungen
an Beamte“Beschreibung der Zulage:³⁾3) nur Zulage, die im „Katalog der Zulagen u. Zuwend. an Beamte“
nicht aufgeführt ist

Buchungsstelle

2010 :

Kapital Titel Dienststelle Monat/Monat

Der stark umrandete Teil wird vom LBV ausgefüllt!

Rechnerisch richtig

Sachlich richtig

Besoldungs-
dienstalter

2106 :

Beginn
Monat / Jahr Tag Monat Jahr

V = vorläufig

Anwärter-
bezüge

8453 :

Lehramt¹⁾ mit Wirkung vom
Tag Monat Jahr¹⁾ Schlüssel siehe Rückseite

Anlagen:

Angaben zur Person (Vordr.)

Berechnung und
Festsetzung des BDA

(Siegel)

Datum Geprüft

8401 : Tag Monat Jahr

Unterschrift

Rechnerisch richtig

Unterschrift/Amts-/Dienstbez.

Sachlich richtig
bei Auftrag

Unterschrift/Amts-/Dienstbez.

Schlüssel: Angaben zu Anwärterbezügen**Erste Staatsprüfung für das Lehramt**

- 01 = an der Grundschule und Hauptschule (Stufenschwerpunkt I)
- 02 = an der Grundschule und Hauptschule (Stufenschwerpunkt II)
- 10 = für Lehrämter an Sonderschulen
- 21 = an der Realschule
- 25 = am Gymnasium
- 30 = an berufsbildenden Schulen

Hier werden weiterhin verschlüsselt mit:

- 42 = Austauschassistent

Zulagen (Beamte)**LBV**

Dienststelle, Aktenzeichen

1221

STD 403

Ort, Datum

Zulage
außerh. Katalog

LBV-Personalnummer

N *

8500 : 403

Geburtsdatum G Seriennummer

Identnummer

8503 : Tag Monat Jahr

Schulnummer

8465 : Tag Monat Jahr

Änderungs-
art8477 : 1 = Gewährung/Widerruf stellendateilevanter
Zulagen
2 = Sonstige Zulagen

d. d. Leiter der Schule

m.d.B. um Aushändigung gegen Empfangsbescheinigung

Sehr geehrte

Hiermit werden Sie mit der Wahrnehmung folgender Funktionen beauftragt:

Sie erhalten folgende Zulage:

Die mit Verfügung vom zuerkannte Zulage wird widerrufen.

Bezeichnung der Zulage:

ab:

Gemäß § 13 Abs. des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung des 2. BesVNG vom 23. Mai 1975 erhalten Sie mit Wirkung vom eine ruhegehaltfähige Ausgleichszulage.

Mit freundlichen Grüßen

Änderungsmitteilung an das LBV

Zulage	Beginn	Betrag	Ende
Schlüssel 1)	Tag Monat Jahr	DM P	Tag Monat Jahr
2131			
2132			

Nur auszufüllen bei Gewährung von Zulagen lt. „Katalog der Zulagen und Zuwendungen an Beamte“

1) Schlüssel lt. „Katalog der Zulagen und Zuwendungen an Beamte“

Bes. Gr. 2)	Amtsbez. 2)	mit Wirkung vom
		Tag Monat Jahr
2104		

2) Schlüssel für Besordnungsgruppe und Amtsbezeichnung lt. „Aufstellung der Amtsbezeichnungen“

Schlüssel	Beginn	Betrag	Ende
	Tag Monat Jahr	DM P	Tag Monat Jahr
213			

Nur vom LBV auszufüllen!

Rechnerisch richtig

Sachlich richtig

Datum	Geprüft	Sachlich richtig
Tag Monat Jahr		
8403	(Siegel) Unterschrift	Unterschrift / Amts- / Dienstbez.

Im Auftrag

Teilzeitbeschäftigung/Beurlaubung (Beamte)

STD 404

LBV

Dienststelle, Aktenzeichen

1223

Ort, Datum

Beurlaubung

LBV-Personalnummer

N *

8500 : 404

Geburtsdatum 6 Seriennummer

Identnummer

8504 : Tag Monat Jahr

Schulnummer

8471 : Tag Monat Jahr

Änderungs-
art

8478 : Tag Monat Jahr

1 = Änderung der Stundenzahl
2 = Beendigung der Teilzeitbeschäftigung
3 = Beendigung einer Beurlaubung ohne Einweisung in L-/o.B.-Stelle
4 = Beurlaubung mit Einweisung in L-/o.B.-Stelle
5 = Beurlaubung ohne Einweisung in L-/o.B.-Stelle

Bei Rückkehr aus L-/o.B.-Stelle ist der Beleg STD 421 auszufüllen

Sehr geehrte

Ihrem Antrag vom entsprechend

wird Ihre Arbeitszeit gem. § 85a Landesbeamtengesetz ermäßigt

Stunden		Beginn			voraussichtl. Beendigung		
a	b	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr
2311	T				8459		

werden Sie gem. § 85a Landesbeamtengesetz unter Fortfall der Dienstbezüge beurlaubt.
Die Beurlaubung ist verbunden mit der Einweisung in eine Leerstelle.

Raum für Zusätze

werden Sie gem. § Sonderurlaubsverordnung beurlaubt.

Wegen der sich aus § 31 Abs. 2 BBesG und § 119 Abs. 1 Nr. 5 LBG
ergebenden Folgen wird auf die beiliegende Begründung verwiesen.

mit Wirkung vom		voraussichtl. Beendigung	
Tag	Monat	Tag	Monat
8460		8461	

Ihre Teilzeitbeschäftigung wird widerrufen/endet:

mit Wirkung vom	
Tag	Monat
2312	0 0 0 0 0

Ihre Beurlaubung gem. § Sonderurlaubsverordnung wird widerrufen/endet am

Änderungsmittelung an das LBV

Mit freundlichen Grüßen

Für die Dauer der Beurlaubung wird eine Leer-/o.B.-Stelle beansprucht für folgende Zweckbestimmung:		Verwendungszweck der L-/o.B.-Stelle bei Beurlaubungen	
8458	L = Leerstelle P = Planstelle ohne Besoldungsaufwand	8473	

Bezüge sind zu zahlen ab:

Die Berechnung und
Festsetzung des BDA
ist beigelegtDas BDA wurde wie folgt
neu festgesetzt

Das BDA bleibt unverändert

BDA

mit Wirkung vom

Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr
2106				

Art der Bes.		Tag		Monat		Tag		Monat		Rechnerisch richtig		Sachlich richtig	
2101													
2													
2													

Nur vom LBV auszufüllen!

Datum		Geprüft (nur bei BDA-Neufestsetzung)		Rechnerisch richtig		Sachlich richtig	
Tag	Monat	Tag	Monat	Tag	Monat	Tag	Monat
8404							

(Siegel)

Unterschrift

Unterschrift/Amts-/Dienstbez.

Unterschrift/Amts-/Dienstbez.

Im Auftrag

1. Allgemeine Hinweise

Jede Änderung Ihrer persönlichen Verhältnisse, die für die Gewährung der Teilzeitbeschäftigung bzw. der Beurlaubung von Bedeutung sein könnte (z. B. Kind vollendet 16. Lebensjahr oder häusl. Gemeinschaft wird aufgehoben, Verlegung des Wohnsitzes außerhalb Nordrhein-Westfalen) ist unverzüglich auf dem Dienstwege mitzuteilen.

Ermäßigung der Arbeitszeit und Beurlaubung dürfen zusammen grundsätzlich die Dauer von 12 Jahren, die Beurlaubungen allein die Dauer von 6 Jahren nicht überschreiten.

Wird ein Änderungs- oder Verlängerungsantrag nicht gestellt, so ist in jedem Falle der Dienstantritt unter Angabe der Wochenstundenzahl auf dem Dienstwege anzuzeigen.

2. Hinweise für Teilzeitbeamte

Gemäß § 6 des Bundesbesoldungsgesetzes – BBesG – in der zur Zeit geltenden Fassung erhalten Sie für die Dauer Ihrer Teilzeitbeschäftigung nur den Teil der Dienstbezüge, der dem Verhältnis der ermäßigten zu Ihrer regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

Sofern Sie sich noch im Beamtenverhältnis auf Probe befinden und Sie die gem. § 52 Abs. 1 und 2 der Laufbahnverordnung (LVO) i. d. F. vom 9. Januar 1973 (GV. NW. 1973, S. 30/SGV. NW. 20301) vorgeschriebene oder festgesetzte Probezeit noch nicht abgeleistet haben, finden die Vorschriften des § 7 Abs. 4 LVO Anwendung.

Danach verlängert sich die Probezeit um **ein Drittel**, wenn während derselben Zeit insgesamt eine Arbeitszeitermäßigung von mehr als einem Viertel der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen wird. Diese laufbahnrechtliche Regelung bewirkt, daß die abzuleistende Probezeit im Regelfall verlängert wird, es sei denn, daß laufbahnrechtliche Probezeitverkürzungen erfolgen können. Einer ausdrücklichen Verlängerung der Probezeit gem. § 7 Abs. 5 LVO bedarf es in diesen Fällen nicht.

3. Hinweise für beurlaubte Beamte (§ 85 a LBG)

Ihr Besoldungsdienstalter wird nach Wiederaufnahme des Dienstes um die Hälfte der Zeit Ihrer Beurlaubung gekürzt. Die Zeit Ihrer Beurlaubung wird im Versorgungsfall nicht auf die ruhegehaltsfähige Dienstzeit angerechnet (§ 31 Abs. 2 BBesG / § 119 Abs. 1 Nr. 5 LBG). Während der Beurlaubung werden keine Beihilfen nach der Beihilfenverordnung (BVO) gewährt.

Sofern Sie noch im Beamtenverhältnis auf Probe stehen und Sie die gem. § 52 Abs. 1 und 2 der Laufbahnverordnung (LVO) i. d. F. vom 9. Januar 1973 (GV. NW. 1973, S. 30/SGV. NW. 20301) vorgeschriebene oder festgesetzte Probezeit noch nicht abgeleistet haben, finden die Vorschriften des § 7 Abs. 3 LVO Anwendung, wonach Zeiten einer Beurlaubung von mehr als 3 Monaten nicht als Probezeit gelten. Diese laufbahnrechtliche Regelung bewirkt, daß die Probezeit für die Dauer der Beurlaubung unterbrochen wird und Sie nach Beendigung bzw. Wiederaufnahme des Schuldienstes die restliche Probezeit noch abzuleisten haben, bevor Ihre planmäßige Anstellung erfolgen kann. Einer ausdrücklichen Verlängerung der Probezeit gem. § 7 Abs. 5 LVO bedarf es in diesen Fällen nicht.

Nach Beendigung der Beurlaubung wird die zuständige Schulaufsichtsbehörde bemüht sein, Sie antragsgemäß im Schuldienst wieder zu verwenden. Ein Rechtsanspruch auf Einsatz an Ihrer bisherigen Schule besteht jedoch nicht.

Schlüssel: Angaben zur Tätigkeit**A Ausgeübte Tätigkeit**

- 872 = Lehrer an Realschule oder Gymnasium
- 873 = Lehrer an Grund-, Haupt- oder Sonderschule
- 874 = Lehrer an einer berufsbildenden Schule

B Stellung im Beruf

- 4 = vollzeitbeschäftigter Angestellter
- 8 = nebenberuflicher Lehrer
- 9 = teilzeitbeschäftigter Angestellter

C Ausbildung

- 1 = Hauptschulabschluß/mittlere Reife ohne Berufsausbildung
- 2 = Hauptschulabschluß/mittlere Reife mit Berufsausbildung
- 3 = Abitur ohne Berufsausbildung
- 4 = Abitur mit Berufsausbildung
- 5 = Abschluß Höhere Fachschule oder Fachhochschule
- 6 = Hochschulabschluß
- 7 = unbekannt

Beendigung des Arbeitsverhältnisses1927 **STD 413****LBV**

Dienststelle, Aktenzeichen

Ort, Datum

LBV-Personalnummer



		N *
--	--	-----

8500	413	
------	-----	--

Geburtsdatum G Seriennummer

Identnummer

8513	Tag	Monat	Jahr		
------	-----	-------	------	--	--

Schulnummer

6020		
------	--	--

Änderungs-
art

8480	1 - Beendigung eines BAT-Vertrages 2 - Beendigung eines nebenberuflichen Beschäftigungsverhältnisses 3 - Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Wechsel in ein anderes Arbeits-/Dienstverhältnis
------	---

Sehr geehrte

Ihr Arbeitsverhältnis zum Land NW wird

hiermit gemäß § 53 BAT § 54 BAT § 55 (1) BAT

form- und fristgerecht/ fristlos gekündigt.

Die anliegende Begründung ist Bestandteil dieser Verfügung.

aufgrund Ihrer Kündigung vom gemäß § 53 BAT beendet.

gemäß § 58 BAT im gegenseitigen Einvernehmen beendet.

gemäß § 59 BAT § 60 BAT § 10 (4) LBG beendet.

Gemäß § 62 BAT ff wird Ihnen Übergangsgeld gewährt. Die Berechnung und Zahlung erfolgt durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung NW.

Übergangsgeld gemäß § 62 BAT ff kann nicht gewährt werden.

Ihr nebenberufliches Beschäftigungsverhältnis zum Land NW wird

hiermit gekündigt

aufgrund Ihrer Kündigung vom beendet

mit Ablauf des

8469	Tag	Monat	Jahr
------	-----	-------	------

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung NW hat Auftrag, die Zahlung der Vergütung zu dem genannten Zeitpunkt einzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Änderungsmitteilung an das LBV

Sonderzuwendung für das laufende Kalenderjahr ist gemäß Zuwendungstarifvertrag zu zahlen.

Beim Ausscheiden in der Zeit vom 1. 12. des laufenden Kalenderjahres bis 31. 3. des folgenden Kalenderjahres ist die Zuwendung für das vergangene Jahr zurückzuzahlen.

Übergangsgeld ist gemäß § 62 BAT ff. zu zahlen.

Dienstzeitbescheinigung und

beglaubigte Ablichtung des Bescheides über die Höhe der Versorgungsbezüge/Rente sind beigelegt.

Laufbahn	Verg. gruppe	Beginn	Ende	Datum der Verfügung	Ende								
		Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr
6107													
6111	DM	Pf											
6112													

Der stark umrandete Teil wird vom LBV ausgefüllt!

Rechnerisch richtig Sachlich richtig

Datum	Geprüft	Sachlich richtig
8413	(Siegel) Unterschrift	Unterschrift/Amts-/Dienstbez

Im Auftrag:

1999

Teilzeitbeschäftigung (Angestellte)**STD 414****LBV**

Dienststelle, Aktenzeichen

Ort, Datum



LBV-Personalnummer

8500 : 414

Geburtsdatum G Seriennummer

Identnummer

8514 : Tag Monat Jahr

Schulnummer

6020 : Tag Monat Jahr

Änderungs-
art

8481 : Tag Monat Jahr

- 1 = m.m. Änderung der Gesamtstundenzahl
- 2 = Änderung der Gesamtstundenzahl verbunden mit einer Änderung der Beschäftigung an mehreren Schulen
- 3 = Änderung der Aufteilung der Beschäftigung an mehreren Schulen
- 4 = Aufteilung der Beschäftigung an mehreren Schulen (verbunden mit STD 411)

Sehr geehrte

Ihre bisherige Beschäftigung (Gesamtstundenzahl) ändert sich in:

Angestellter	Stunden	Beginn			a = wochent- liche Arbeits- zeit (Stunden)	b = regel- mäßige Arbeits- zeit (Stunden)	Angaben zur Tätigkeit			Schlüssel siehe Rückseite	
		Tag	Monat	Jahr			A	B	C		
6301	- a - - b -										

nebenberuf- licher Lehrer	Beginn	Zahl d. Wochenstdn.	Stundensatz *	Anderweitiges Einkommen	Anderw. Sozialvers. Einkommen	Ende	Zahl der Wochenstdn. bei nebenberuflichen Lehrern			
								Tag	Monat	Jahr
6920										

Beginn 1)	mit Wirkung vom	1) Beginndatum zur Errechnung der Jahres- wochenstunden	* Bei unterschiedlichen Stundensätzen ist unter der Kennzahl 6927 das monatliche Bruttoentgelt anzugeben.	Zahl der Wochenstdn. bei nebenberuflichen Lehrern	
					Tag
6934					

Die vereinbarte Stundenzahl teilt sich auf:

Die Aufteilung der Beschäftigung ändert sich wie folgt:

Schule		Schulnummer	Wochen- stunden
	8551		
	8552		
	8553		
	8554		
	8555		
	8556		

Änderungsmitteilung an das LBV

Mit freundlichen Grüßen

Beginn	Bruttoangabe		Ende	Merkmal			
	Tag	Monat			Jahr	DM	Pl
6927							

Beginn	AOK Schl.	EK Schl.	KV Gr.	RV Gr.	AV Gr.	Ende	Rechnerisch richtig
6201							

Beginn	% KV Beitr.	% RV Beitr.	Anderw. sozialvers. Eink.	Ende	Sachlich richtig
6204					

Datum	Geprüft	Rechnerisch richtig	Sachlich richtig		
				Tag	Monat
8414					

Nur vom LBV auszufüllen!

Rechnerisch richtig

Sachlich richtig

(Siegel)

Unterschrift

Unterschrift/Amts-/Dienstbez.

Unterschrift/Amts-/Dienstbez.

Im Auftrag:

Versetzung/Abordnung

STD 421

LBV

Dienststelle, Aktenzeichen

Ort, Datum

d. d. Leiter der abgebenden Schule
m. d. B. um Aushändigung gegen Empfangsbescheinigung

LBV-Personalnummer
(Beamter)

LBV-Personalnummer
(Angestellter)

8500 : 421

Geburtsdatum G Seriennummer

8521 : Tag Monat Jahr

Identnummer

8482 :

Änderungs-
art

- 1 = Versetzung von Schule zu Schule
- 2 = Abordnung von Schule zu Schule
- 3 = Versetzung zu anderen Dienstherren
- 4 = Abordnung zu anderen Dienstherren
- 5 = Rückkehr (Versetzung) aus Leerstelle oder o. B.-Stelle an eine Schule
- 6 = Rückkehr (Abordnung) aus Leerstelle oder o. B.-Stelle an eine Schule

Sehr geehrte

Hiermit werden Sie ☐ abgeordnet ☐ versetzt

im Einvernehmen mit

Die mit Verfügung vom ☐ ausgesprochene Abordnung

auf Antrag ☐ aus persönl. Gründen ☐ aus dienstl. Gründen gemäß § 28 LBG § 29 LBG § 12 BAT §§ 17, 18, 123 BRRG

von der Schule/Dienststelle	8456	Schulnummer	8485	Verwendungszweck der L-/o.B.-Stelle
zur Schule/zum Dienstherren	2020		8472	
neues Schulamt/neuer Kreis	6020			Bei gleichzeitiger Einweisung in Planstelle o. B. - P

mit Wirkung vom	Mur bei Abordnung auszufüllen! befristet bis	wird widerrufen zum	nur bei Teilabordnung
8486 : Tag Monat Jahr	8470 : Tag Monat Jahr	8457 : Tag Monat Jahr	Wochenstunden T

Neuer dienstlicher Wohnsitz ist

Umzugskostenvergütung wird zugesagt

Reise- und Umzugskostenvergütung sowie Trennungsent-schädigung können nicht gewährt werden.

Sie werden gebeten, sich rechtzeitig zum Dienstantritt zu melden. Die Hinweise auf der Rückseite sind Bestandteil der Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Änderungsmitteilung an das LBV

Kapitel	Titel		Dienststelle	Monat / Monat	Der stark umrandete Teil wird vom LBV ausgefüllt!											
2010					6090 : Tag Monat Jahr											
6011																
Betriebsnummer			Beginn	Tag	Monat	Jahr	AOK	EK	KV	RV	AV	Ende	Tag	Monat	Jahr	
6214			6201													
Angaben zur Tätigkeit(neu) → siehe Schlüssel Rückseite Mehrfach-beschäftigter			1 id 0 neu		Nur auszufüllen bei neuer Berechnung und Festsetzung des BDA			Neues BDA			mit Wirkung vom			Rechnerisch richtig		
A B C					Berechnung und Festsetzung des BDA ist beigelegt			2106			Tag Monat Jahr			Sachlich richtig		
6215			6216													
Datum			Geprüft (nur bei BDA-Neufestsetzung)			Rechnerisch richtig			Sachlich richtig im Auftrag							
8421 : Tag Monat Jahr																
(Siegel)			Unterschrift			Unterschrift/Amts-/Dienstbez.			Unterschrift/Amts-/Dienstbez.							

im Auftrag:

Hinweise zu Versetzungen

Versetzungen innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Versetzung wird mit dem in der Versetzungsverfügung angegebenen Zeitpunkt wirksam, frühestens mit dem Tage, an dem sie dem Lehrer bekanntgegeben wird. Bei Versetzungen im Bereich der Grund- und Hauptschule regelt das örtlich zuständige Schulamt den schulischen Einsatz.

Dem Landesamt für Besoldung und Versorgung NW in Düsseldorf, Völklinger Str. 49 – Postfach 9007 –, sind bei gleichzeitigem Wechsel des Wohnsitzes unter Angabe Ihrer Personalnummer unverzüglich die neue Anschrift und das Konto mitzuteilen, auf das Ihre Dienstbezüge künftig überwiesen werden sollen.

Versetzungen in ein anderes Bundesland

Gemäß §§ 18 Abs. 2 und 123 des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG) wird das bestehende Beamtenverhältnis mit dem neuen Dienstherrn fortgesetzt; auf die beamten- und besoldungsrechtliche Stellung finden die im Bereich des neuen Dienstherrn geltenden Vorschriften Anwendung. Sie erhalten darüber ggf. durch die neue Beschäftigungsbehörde weiteren Bescheid.

Da Sie nach der Versetzung weiterhin in einer versicherungsfreien Beschäftigung verbleiben, wird die Nachversicherung in der Rentenversicherung der Angestellten aufgeschoben. Für die Durchführung ist das Landesamt für Besoldung und Versorgung NW in Düsseldorf, Völklinger Str. 49, zuständig.

Schlüssel: Angaben zur Tätigkeit

A Ausgeübte Tätigkeit

- 872 = Lehrer an Realschule oder Gymnasium
- 873 = Lehrer an Grund-, Haupt- oder Sonderschule
- 874 = Lehrer an einer berufsbildenden Schule

B Stellung im Beruf

- 4 = vollzeitbeschäftigter Angestellter
- 8 = nebenberuflicher Lehrer
- 9 = teilzeitbeschäftigter Angestellter

C Ausbildung

- 1 = Hauptschulabschluß/mittlere Reife ohne Berufsausbildung
- 2 = Hauptschulabschluß/mittlere Reife mit Berufsausbildung
- 3 = Abitur ohne Berufsausbildung
- 4 = Abitur mit Berufsausbildung
- 5 = Abschluß Höhere Fachschule oder Fachhochschule
- 6 = Hochschulabschluß
- 7 = unbekannt

Beendigung des Dienstverhältnisses durch Tod**STD 423****LBV**

Dienststelle, Aktenzeichen

Ort, Datum

**Landesamt für Besoldung und
Versorgung Nordrhein-Westfalen****4000 Düsseldorf, Postfach 9007**LBV-Personalnummer
(Beamter)LBV-Personalnummer
(Angestellter)

8500 : 423

Identnummer

Schulnummer

Todesstag

Geburtsdatum G Seriennummer

8523 : Tag Monat Jahr

2020 : (Beamter)
6020 : (Angestellter)2090 : Tag Monat Jahr (Beamter)
6090 : (Angestellter)

Name, Vorname

Lt. Sterbeurkunde verstorben am:

infolge eines Dienstunfalls ☐ ja ☐ nein

Der/Die Verstorbene hat Ehegatten, leibliche Abkömmlinge oder an Kindes Statt angenommene Kinder hinterlassen

— (§ 130 LBG / § 41 BAT) ☐ ja ☐ nein Sterbegeld ist nach § 41 BAT zu zahlen an:

Anschrift der Hinterbliebenen:

Name, Vorname

Wohnort

Straße und Hausnummer

2025 : 9 9 9 9 9 9 9 9 (nur gültig in Verb. mit Kennzahlen 2020 und 2090)

Datum				Geprüft	Sachlich richtig
8423	Tag	Monat	Jahr	(Siegel) Unterschrift	Unterschrift / Amts-/Dienstbez.

Anlage : Sterbeurkunde (Bei Beamten : Personalakte ist beigelegt)

Im Auftrag

Anschrift des Lehrers

Schule, Beschäftigungsort des Lehrers

Zurück an

Az.:

LBV-Pers.-Nr.

Betr.: Angaben zur Person

A. Allgemeine Angaben ¹⁾

1	☐ ledig	☐ verheiratet	☐ verwitwet	☐ geschieden	☐ Ehe aufgehoben od. für nichtig erklärt	☐ wiederverheiratet ab. _____
2	Zusätzliche Angaben für Ledige und Empfänger von Ortszuschlag oder Anwärterverheiratenzuschlag, deren Ehe geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt ist					
2.1	Sind Sie gegenüber dem früheren Ehegatten zum Unterhalt verpflichtet?					☐ ja ☐ nein
2.2	Wenn ja: Höhe der Unterhaltsverpflichtung _____ DM (Zahlungsnachweise beilegen)					
2.3	Für Ledige oder wenn nein zu Nr. 2.1: Haben Sie eine andere Person nicht nur vorübergehend in Ihre Wohnung aufgenommen und gewahren Sie ihr Unterhalt?					☐ ja ☐ nein
2.4	Wenn ja zu Nr. 2.3: Aus welchen Gründen: ☐ gesetzliche Verpflichtung ☐ sittliche Verpflichtung ☐ berufliche Gründe ☐ gesundheitliche Gründe					
Begründung: _____						
(Name, Vorname, Geburtsdatum der anderen Person) _____						
Höhe der eigenen Mittel, die der anderen Person für ihren Lebensunterhalt monatlich zur Verfügung stehen _____ DM (Nachweise beilegen)						
3	Zusätzliche Angaben für verheiratete und geschiedene Empfänger von Ortszuschlag oder Anwärterverheiratenzuschlag					
3.1	Steht Ihr Ehegatte im öffentlichen Dienst?					☐ ja ☐ nein
	Wenn ja, als ☐ Beamter im Vorbereitungsdienst (Anwärter/Referendar) ☐ Beamter ☐ Richter ☐ Soldat ☐ Angestellter					
	bei _____ Pers.-Nr./Az. _____					
	Er ist ☐ vollbeschäftigt ☐ teilzeitbeschäftigt mit einer ernaßigten Arbeitszeit von wöchentlich _____ Std ☐ z. Zt. ohne Bezüge beurlaubt					
	Wenn nein, sonstiger Arbeitgeber: _____					
3.2	Ist Ihr Ehegatte nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt?					☐ ja ☐ nein
	Wenn ja: Pensionsfestsetzungsbehörde _____ Pers.-Nr./Az. _____					
3.3	Wenn nein zu Nr. 3.1 und Nr. 3.2 Sind Sie im Zweifel, ob die Fragen zu Recht verneint wurden? Wenn ja: Angaben über die den Lohn, das Gehalt oder die Versorgung des Ehegatten zahlende Kasse: _____					☐ ja ☐ nein Pers.-Nr./Az. _____
4	Kinder, die zum Bezug von Kindergeld und/oder erhöhtem Ortszuschlag berechtigen, sind vorhanden					☐ nein ☐ ja
	Antrag auf besonderem Vordruck					☐ ist beigelegt ☐ wird nachgereicht
5	Ich habe von einer anderen Dienststelle des öffentlichen Dienstes für den Einstellungsmonat und darüber hinaus Bezüge erhalten					Zeitraum _____
	☐ nein ☐ ja Bezeichnung der Dienststelle _____					
6	Steuerklasse _____		Konfession _____		Konfession Ehegatte _____	
7	Bankverbindung Geldinstitut _____			Bankleitzahl _____		Kontonummer _____
8	Ich habe bereits einmal Bezüge vom LBV erhalten					LBV-Personalnummer _____
	☐ nein ☐ ja, vom _____ bis _____ als _____					
9	Ich erhalte Rente/Versorgungsbezüge als					
	Bezeichnung der Dienststelle _____ Altersrentner ☐ nein ☐ ja					
	Erwerbsunfähigkeitsrentner ☐ nein ☐ ja					
	Berufsunfähigkeitsrentner ☐ nein ☐ ja					
	Empfänger von Versorgungs-Hinterbliebenenbezügen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen ☐ nein ☐ ja					
10	Für Weihnachtszuwendung, (Sonderzuwendung) Ich war im Einstellungsjahr hauptberuflich bereits im öffentlichen Dienst beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde oder bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört, oder bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet, oder an einer Ersatzschule tätig					☐ nein ☐ ja
	Dienststelle _____		Zeitraum _____		Wehrdienst im Einstellungsjahr von - bis _____	
Zuwendung wurde im Einstellungsjahr gezahlt für die Zeit vom _____ bis _____						

¹⁾ Ziffern 2, 3, 4, 9 und 10 entfallen bei nebenberuflichen Lehrkräften.

B. Nur für Beamte	
11 Ich beantrage die Anerkennung der Vordienstzeiten gem. §§ 123, 124 LBG. (Entfällt für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, deren Beamtenverhältnis mit Bestehen oder endgültigem Nichtbestehen der Laufbahnprüfung endet.) ☐ nein ☐ ja ▶	Ein formloser Antrag ist beigelegt.
C. Nur für Angestellte u. nebenberufliche Lehrkräfte	
12 Sozialversicherung ▶ Versicherungsnachweiseft beifügen	
Zuständige AOK ☐ nein ☐ ja ▶	Pflichtmitglied einer Ersatzkasse Bescheinigung gemäß § 517 RVO beifügen ☐ nein ☐ ja ▶
Bezeichnung der Ersatzkasse Bisher krankenversicherungsfrei ☐ nein ☐ ja ▶ Befreiungsbescheid beifügen gem. § 173 RVO § 173b RVO ☐	
Bisher Arbeitgeberzuschuß zur freiwilligen Krankenversicherung gem. § 405 RVO erhalten ☐ nein ☐ ja ▶ Antrag und Beitragsbescheinigung beifügen	
Von der Rentenversicherungspflicht befreit ☐ nein ☐ ja ▶ Ggf. Befreiungsbescheid beifügen	
Anderweitige Zukunftssicherung (Lebensversicherung, Bistums-Synodalabgaben pp.) ☐ nein ☐ ja ▶	Bezeichnung der Versicherung mtl. Beitrag zu dieser Versicherung (Unterlagen beifügen)
Anderweitiges sozialversicherungspflichtiges Einkommen ☐ nein ☐ ja ▶	DM mtl. Arbeitgeber Name, Ort, Straße
Sonstiges Einkommen (Miete, Pacht u. a.) ☐ nein ☐ ja ▶	DM mtl. Art des Einkommens
Von der Arbeitslosenversicherung befreit ☐ nein ☐ ja ▶ Befreiungsbescheid beifügen gem. § 169 AFG § 173 RVO ☐	
13 Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung (VBL? u. a.)	
Von der Versicherungspflicht befreit ☐ nein ☐ ja ▶	
bereits bei der VBL oder ähnlicher Zusatzversorgungskasse versichert? ☐ nein ☐ ja ▶	
Wurden die Beiträge erstattet? ☐ nein ☐ ja ▶	
(ggf. Befreiungsbescheid bzw. Studienbescheinigung - falls Student - beifügen)	
D. Allgemein	
14 Folgende Unterlagen füge ich neben den im Vordruck geforderten Bescheinigungen bei ☐ Lohnsteuerkarte ☐ Heiratsurkunde ☐ Geburtsurkunde der Kinder ☐ Antrag verm. Leistungen ☐ Versicherungsnachweiseft ☐ Kindergeldantrag	
15 Bemerkungen: 	
Ich versichere, daß meine Angaben vollständig und richtig sind. Mir ist bekannt, daß ich verpflichtet bin, jede in den vorstehend dargelegten Verhältnissen eintretende Änderung dem Landesamt für Besoldung und Versorgung, Völklinger Str. 49, Postfach 90 07, 4000 Düsseldorf, sofort anzuzeigen, und daß ich alle Bezüge, die ich infolge unterlassener, verspäteter oder fehlerhafter Meldung zuviel erhalten habe, zurückzahlen muß.	
Ort, Datum	(Unterschrift)

2) entfällt bei nebenberuflichen Lehrkräften

LBV

Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe

STD 431

Dienststelle / Schule

Ort, Datum

1939

LBV-Personalnummer

N *

1.

8500 : 431

Identnummer

8531 :

LBV-Dienst-
stellenschlüssel

Schulnummer

2020 :

- ☐ Grundschule oder Hauptschule
(MC-Nr. 01)
- ☐ Sonderschule
(MC-Nr. 02)
- ☐ Realschule
(MC-Nr. 03)

- ☐ Berufsbildende Schule
(MC-Nr. 04)
- ☐ Gymnasium
(MC-Nr. 05)
- ☐ Abendgymnasium
oder Kolleg (MC-Nr. 06)

- ☐ Gesamtschule:
- ☐ als Lehrer z. A.
(MC-Nr. 07)
- ☐ als Realschullehrer z. A.
(MC-Nr. 08)
- ☐ als Studienrat z. A.
(MC-Nr. 09)

Betr.: Empfangsbescheinigung

wurde heute die Urkunde über die Ernennung

ausgehändigt.

Die Ernennung wird wirksam am

wurde der Schule

zugewiesen.

Ein Antrag auf Ermäßigung der Arbeitszeit gem. § 85 a LBG auf

Wochenstunden wurde am

gestellt.

Urkunde erhalten

Urkunde ausgehändigt

Unterschrift

(Siegel)

Unterschrift/Amts-/Dienstbez.

Dienststelle, Aktenzeichen

Aktenzeichen der Personalakte

Landesamt für Besoldung und
Versorgung Nordrhein-Westfalen
Postfach 9007
4000 Düsseldorf

hat ab

Anspruch auf Dienstbezüge

der Besoldungsgruppe

Bis zur Berechnung und Festsetzung des Besoldungsdienstalters ist das Grundgehalt

der Dienstaltersstufe unter Vorbehalt zu zahlen.

Die Arbeitszeit ist gem. § 85 a LBG ermäßigt auf:

Stunden		Beginn			voraussichtl. Beendigung		
-a-	-b-	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr
2312		T			8459		

a - Ermäßigte Arbeitszeit (Wochenstunden)
b - Regelmäßige Arbeitszeit (Wochenstunden)

Datum			Rechnerisch richtig	Sachlich richtig
Tag	Monat	Jahr		
8431				

Unterschrift/Amts-/Dienstbez. (Siegel) Unterschrift/Amts-/Dienstbez.

Beamtenverhältnis auf Probe mit Umstellung auf endgültige Zahlung

(Farbe: gelb)

1241

Anlage 63

STD 432

LBV

Dienststelle, Aktenzeichen

**Landesamt für Besoldung und
Versorgung Nordrhein-Westfalen
Postfach 9007
4000 Düsseldorf**

Ort, Datum

LBV-Personalnummer

N *

Name, Vorname

Im Nachgang zur Änderungsmitteilung mit Vordruck STD 431 wird die Berechnung und Festsetzung des BDA übersandt.

Das BDA wurde festgesetzt auf den

mit Wirkung vom						
	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr	
2106						

Damit entfällt der Vorbehalt für die Zahlung der Dienstbezüge.

2048	:	S	
------	---	---	--

Anlage: 1 Berechnung und Festsetzung des BDA

Gepflicht	Rechnerisch richtig	Sachlich richtig bei Prüfung
Unterschrift	Unterschrift/Amts-/Dienstbez.	Unterschrift/Amts-/Dienstbez.
(Siegel)		

1243

(Farbe: gelb)

Anlage 64

Dienststelle

PLZ

Ort

Datum

Aktenzeichen

Sachbearbeiter

Telefon

Nebenstelle

Landesamt für Besoldung und Versorgung NW

Postfach 9007

4000 Düsseldorf

Änderungsmitteilung
zur endgültigen Festsetzung
der Dienstbezüge für Beamte/Richter auf Probe

LBV-Personalnummer



										N
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	---

Geburtsdatum

Kennzahl

2 0 0 0

Tag

Monat

Jahr

Name

Vorname

Im Nachgang zur Mitteilung mit Vordruck LBV (Bes) _____ vom _____ wird eine beglaubigte Abschrift der Berechnung und Festsetzung des Besoldungsdienstalters (BDA) / der Berechnung des fiktiven Geburtstages (FGB) übersandt.

Das Ergebnis der Feststellung lautet wie folgt:

Kennzahl	BDA / FGB Monat Jahr	mit Wirkung vom Tag Monat Jahr
2 1 0 6		

Damit entfällt der Vorbehalt für die Zahlung der Dienstbezüge.

2 0 4 9 : S

Geprüft

Rechnerisch richtig

Sachlich richtig
Im Auftrag

Unterschrift

Unterschrift

Unterschrift

(Siegel)

Amtsbezeichnung

Amtsbezeichnung

Datum

Sachbearbeiter

Telefon

Nebenstelle

Postfach 9007

4000 Düsseldorf

Änderungsmitteilung

- a) Vergütung für zusätzlichen Unterricht (VZU) für Lehramtsanwärter und Studienreferendare
- b) Mehrarbeitsvergütung (MAV) im Hauptamt mit besonderen Stundensätzen (z.B. Schulsonderturnen)

LBV-Personalnummer

○ | | | | | N *

Geburtsdatum

Kennzahl	Tag	Monat	Jahr
2 0 0 0 :			

Name	Vorname	BesGr.:
------	---------	---------

Zutreffende Schulform ankreuzen:

☐	☐ 0 1		☐ 0 5	Öffentl. Kollegs (Institute zur Erlangung der Hochschulreife) und Abendgymnasien	☐	☐ 0 9	Öffentl. Fachoberschulen, Fachschulen, Berufsfachschulen und Berufsschulen (ohne deren Abendeinrichtungen)	
☐	☐ 0 2	Öffentl. Grund- und Hauptschulen	☐	☐ 0 6	Landesstelle Solingen	☐	☐ 1 0	Öffentl. Kollegschulen
☐	☐ 0 3	Öffentl. Realschulen (ohne Abendrealschulen)	☐	☐ 0 7	Öffentl. Gesamtschulen	☐	☐ 1 1	Abendrealschulen
☐	☐ 0 4	Öffentl. Gymnasien (ohne Abendgymnasien)	☐	☐ 0 8	Öffentl. Sonderschulen	☐	☐ 1 2	Abendeinrichtungen der öffentl. Fachoberschulen, Fachschulen, Berufsfachschulen u. Berufsschulen

Nachstehende Vergütung ist zu zahlen:

A		Abrechnung (siehe Nr. 3 der umseitigen Erläuterungen)					
Kenn- zahl		für Monat	Stunden	Stundensatz			
				DM	Pf		
2 A	:						
2 B	:						
2 C	:						
2 D	:						
2 E	:						
2 F	:						

Bis zur nächsten Abrechnung ist monatlich ein Abschlag zu zahlen und zu versteuern: (siehe Nr. 4 der umseitigen Erläuterungen)

Kenn- zahl		Stunden	Stundensatz		Beginn	Ende
			DM	Pf	Mon. Jahr	Mon. Jahr
2 G	:					

Hinweise:

- 1) Unterricht an mehreren Schulen derselben Schulform ist mit einem, verschiedene Schulformen mit getrennten Formblättern abzurechnen.
- 2) Erläuterungen auf der Rückseite beachten.

Ist neben den angegebenen Stunden an einer weiteren Schule der oben angekreuzten Schulform nebenamtlicher Unterricht erteilt worden? ja ☐ nein ☐ Sachlich richtig

Wenn ja, an wieviel Schulen?

(Siegel)

Unterschrift des Schulleiters

Erläuterungen

1 Personalnummer

Zur Personalnummer ist auch der vorangestellte Kennbuchstabe (Kreis) einzutragen.

2 Schulformen

Die für diesen Unterricht zutreffende Schulform ist anzukreuzen. Für jede Schulform ist ein Formblatt auszufüllen. Sind auf einem Formblatt mehrere Schulformen angekreuzt, kann die Änderungsmitteilung nicht ausgewertet werden.

3 Abschnitt A – endgültige Zahlung –

3.1 Die Abrechnung soll spätestens nach 6 Monaten erfolgen. Abrechnungsmonate müssen immer in der Vergangenheit liegen, dürfen aber 10 Monate (vom Eingang der Änderungsmitteilung beim LBV gerechnet) nicht überschreiten.

3.2 In die vorgesehenen Felder sind einzutragen:

- „monat“ – Abrechnungsmonat in Ziffern – ggf. unter Voransetzen einer führenden Null –
Beispiel: Mai = 05
- „Stunden“ – Anzahl der im Abrechnungsmonat geleisteten Stunden
– ggf. unter Voransetzen einer führenden Null –
Beispiel: 8 Unterrichtsstunden = 08
- „Stundensatz“ – Vergütung für eine Unterrichtsstunde
in das Beträgsfeld dürfen nur Ziffern, keine Striche und kein Komma eingetragen werden.
Beispiel: DM 1200, nicht 12,–

3.3 Grundsätzlich sind Eintragungen nur für Monate vorzunehmen, für die eine Vergütung zu zahlen ist. Ist jedoch bereits ein Abschlag gezahlt worden, so sind diese Monate unbedingt abzurechnen. Dies gilt auch dann, wenn die Höhe der endgültigen Zahlung gegenüber der Abschlagszahlung unverändert bleibt. Steht für einen Monat, für den ein Abschlag gezahlt wurde, keine Vergütung zu, so ist der Monat einzutragen, die Felder „Stunden“ und „Stundensatz“ sind mit Nullen auszufüllen. Wird eine Abschlagszahlung nicht abgerechnet, so wird sie 11 Monate später wieder einbehalten.

Beispiel: Ein für den Monat Januar gezahlter Abschlag wird im Dezember einbehalten, wenn er bis dahin nicht abgerechnet worden ist.

3.4 Innerhalb eines Änderungszeitraumes (Eingang beim LBV: 10. eines Monats bis 9. des folgenden Monats) darf nur eine Änderungsmitteilung je Zahlfall und Schulform übersandt werden. Eintragungen zu Abschnitt A und Abschnitt B in einer Mitteilung sind zulässig.

3.5 Sollen dem LBV unter Abschnitt A bereits mitgeteilte Daten durch eine spätere Änderungsmitteilung berichtigt werden, so ist die zweite Mitteilung innerhalb eines Änderungszeitraumes als „Berichtigung“ deutlich sichtbar zu kennzeichnen.

4 Abschnitt B – Abschlagszahlungen –

4.1 Soll bis zur Abrechnung nach Abschnitt A ein monatlicher Abschlag gezahlt werden, so ist Abschnitt B auszufüllen.

4.2 Abschläge dürfen nur für ein Schulhalbjahr, niemals für zurückliegende Monate bewilligt werden. Sie sollen so bemessen sein, daß keine Überzahlungen entstehen und Einbehaltungen bei der Abrechnung vermieden werden.

4.3 Der Zeitraum, für den Abschläge gezahlt werden sollen, ist stets mit „Beginn“ und „Ende“ anzugeben.

- Beginn = Monat, in dem die Zahlung erstmalig erfolgen soll.
Ende = Monat, in dem der Abschlag letztmalig gezahlt werden soll.

Auf keinen Fall darf ein Monat berührt werden, für den bereits eine Mitteilung nach Abschnitt A gefertigt worden ist.

Einzelpreis dieser Nummer 10,- DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf; Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 29,50 DM, Ausgabe B 31,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.